

30.03.2001

Es gilt das gesprochene Wort

Waffen gegen menschliche Not — Waffen für den Frieden

Einführende Rede von Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, anlässlich der Pressekonferenz zur Teilrevision des Militärgesetzes, 30. März 2001

Unsere Aussenpolitik muss zur **Konsolidierung und Förderung der Sicherheit und des Friedens** beitragen. Unser vorrangiges Bestreben ist die glaubwürdige und effiziente Realisierung dieses Zieles.

Deshalb setze ich mich aus Überzeugung für die Bewaffnung unserer Soldaten in Friedensmissionen ein, so wie ich mich auch für eine Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich ausspreche.

Die heutigen Konflikte sind immer häufiger innerstaatliche Auseinandersetzungen — früher Bürgerkriege genannt. Und sie sind immer öfter von unbeschreiblicher Grausamkeit. Ruanda, Bosnien, Ost-Timor, Kosovo — die Bilder sind noch präsent.

Diese Krisen haben auch Auswirkungen auf die Schweiz. Die humanitäre Hilfe hat an Bedeutung und Ansehen gewonnen. Sie ist als Eckpfeiler unserer Aussenpolitik noch wichtiger geworden. Doch das genügt nicht.

Unsere Solidarität mit den Opfern kann nicht allein an die humanitären Organisationen delegiert werden. Sie kann sich auch nicht im Liefern von Zelten und Medikamenten erschöpfen. Wir wollen und wir können **mehr** tun: Wir wollen mithelfen, Konflikte zu verhüten und den Frieden zu sichern. Wir wollen mithelfen, humanitäres Elend gar nicht erst entstehen zu lassen.

Der Bundesrat setzt deshalb auf die aktive Friedensförderung, die in den nächsten zehn Jahren vermehrt zu einem Schwerpunkt unserer Aussen- und Sicherheitspolitik werden soll.

Es braucht dazu zivile und militärische Mittel. Es braucht Menschenrechts-Experten und Friedens-Soldaten. Spätestens als der Krieg vor unserer Haustüre wütete, haben wir verstanden: Wir müssen mit anderen zusammenarbeiten, wenn wir Sicherheit und Stabilität wollen. Also haben wir im Kosovo danach gehandelt und uns mit allen verfügbaren Instrumenten an der Konfliktlösung beteiligt. Wir haben der Friedenstruppe KFOR 160 freiwillige Schweizer Soldaten zur Verfügung gestellt. Diese Schweizer Kompanie leistet äusserst nützliche Arbeit und ist deshalb geschätzt. Aber sie hat einen bedeutenden Nachteil: Sie ist unbewaffnet und muss von den Oesterreichern und den Deutschen beschützt werden. Ist das zweckmässig? Ist das eines souveränen Landes wie der Schweiz würdig?

Am 10. Juni stimmen wir ab über eine Aenderung des Militärgesetzes: Wenn das Volk zustimmt, können freiwillige Soldaten, die im Ausland an friedenssichernden Operationen der UNO oder der OSZE teilnehmen, in Zukunft auch bewaffnet werden — und zwar zu ihrem eigenen Schutz. Das ist doch nötig und sinnvoll!

Die einen möchten sich ganz auf zivile Massnahmen beschränken. Sie fordern "Solidarität statt Soldaten". Friedenspolitik ist aber keine Sonntagskollekte! Wir können uns nicht nur auf die angenehmeren Tätigkeiten beschränken und vielleicht ein bisschen mehr Geld schicken. Wir können uns nicht einfach darauf verlassen, dass die anderen die undankbaren Aufgaben schon alleine übernehmen! Wir können nicht nur von den militärischen Dienstleistungen anderer profitieren.

Um ein Beispiel zu nennen: Das Katastrophenhilfekorps ist im Kriseneinsatz ebenfalls auf Sicherheit angewiesen. Diese Rolle können die Truppen übernehmen, die - wie z.B. die KFOR im Kosovo - unter einem Mandat der UNO oder der OSZE im Einsatz sind. Also nicht "Solidarität statt Soldaten", sondern "Solidarität und Soldaten" soll unsere Devise sein.

Wenn auf der anderen Seite behauptet wird, mit der Zustimmung zum Militärgesetz werde die Neutralität und die Souveränität der Schweiz preisgegeben, dann ist das falsch. Denn Neutralität ist kein Synonym für Gleichgültigkeit oder Passivität.

Brennt es bei unseren Nachbarn, liegt es auch in unserer Verantwortlichkeit, Feuerwehrhilfe zu leisten! Nicht zuletzt auch, um zu vermeiden, dass das Feuer auf unser eigenes Dach übergreift. Darum geht es — im Kosovo zum Beispiel. Unsere Soldaten - wie auch unsere Feuerwehrleute - müssen richtig ausgerüstet sein, sonst gefährden sie sich selber.

Es geht bei diesen Friedenseinsätzen um Friedenssicherung, nicht um Friedens erzwingung. Und es braucht dazu immer ein Mandat der UNO oder der OSZE.

Falsch ist im übrigen auch die Behauptung, es gehe um einen Beitritt der Schweiz zur NATO, den der Bundesrat im Übrigen nicht will.

Und noch ein Missverständnis gilt es auszuräumen: Die Abstimmung über das Militärgesetz hat keinen Einfluss auf die Frage eines Beitritts zur UNO. Wenn wir der UNO beitreten, sind wir deswegen nicht verpflichtet, UNO-Operationen mit eigenen Truppen, mit bewaffneten Soldaten zu unterstützen. Die UNO ist und bleibt eine Organisation souveräner Staaten, die beabsichtigen, dies auch zu bleiben. Solche Beiträge sind immer freiwillig und entscheiden sich von Fall zu Fall. Niemand kann, niemand wird uns dazu zwingen.

Ein zweifaches Ja am 10. Juni ermöglicht uns, eine umfassende und effiziente Aussen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, die dem verantwortungsvollen Bild entspricht, das wir uns von uns selbst machen.

Zurück zur Übersicht Reden / Ansprachen